A-10 Schluss mit der Bildungskrise! Für einen Aufbruch in eine neue Bildungspolitik in den Kommunen.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Als Jugendverband müssen wir in den Kommunen Bildung zu einem zentralen
2 Schwerpunkt machen – denn in den letzten Wahlkämpfen fand Bildungspolitik
3 wenig Beachtung. Dabei ist sie eine essenzielle Chance: Sie wirkt sich
4 statistisch stark auf die Einkommen, Lebensverhältnisse und Zufriedenheiten der
Bürger*innen einer Kommune aus. Oft werden Schulen wie eine Lernfabrik verwaltet,
was zahlreiche Probleme mit sich bringt. Doch viele Kommunen und
Schulen haben gezeigt, dass innovative pädagogische Ideen nachhaltig positiv
wirken können.

5 Dieser Antrag soll Kreis- und Landesverbänden eine inhaltliche Orientierung zu
6 Fragen bei kommunaler Bildungspolitik geben. Er kann auch für kommende
7 Wahlprogrammprozesse für Kommunalwahlen genutzt werden. Der Antrag erkennt an,
8 dass Bildungspolitik in jedem Bundesland oder Kommune unterschiedlich
funktioniert und die Umsetzung vor Ort sehr unterschiedlich ist. Dieser Antrag
bleibt also nur eine grobe Richtschnur und muss vor Ort mit Leben
gefüllt werden.

9 Bildung betrifft uns alle. Lasst sie uns wieder auf die Karte setzen!

Schulgebäude

11 Schulräume müssen ausreichend Platz bieten sowie schallreduziert und ganzjährig
12 angenehm temperiert sein. Eine gute Belüftung und trockene
13 Raumverhältnisse sind essenziell für konzentriertes Lernen. Schulen müssen
14 saniert werden. Gefahrenquellen wie bauliche Mängel oder herabfallende
15 Elemente müssen konsequent beseitigt werden. Schüler*innen verbringen bis zu
16 15.000 Stunden in der Schule, Lehrkräfte ihr gesamtes Berufsleben – die
17 Umgebung muss daher inspirierend gestaltet sein. Licht, Farben und Ausstattung
18 sollten eine angenehme Atmosphäre schaffen und müssen barrierearm
19 ausgestaltet werden. Außerdem benötigt es neben den Unterrichtsräumen auch
20 Begegnungsorte, die soziale Interaktion ermöglichen. Schulen benötigen
21 offene und geschlossene Lernbereiche für unterschiedliche Bildungsformen.

22 Werkstätten, Gärten, Experimentallabore, Bühnen und Ateliers sollten ebenso
vorhanden sein wie Räume für Gruppen- und Einzelarbeit. Betonflächen müssen durch
grüne, ansprechend gestaltete Schulhöfe ersetzt werden. Vielfältige
Spiel- und Sportmöglichkeiten sollen den Schüler*innen zur freien Nutzung
bereitstehen. Moderne Hard- und Software muss für alle Schüler*innen
zugänglich sein. Smartboards oder Flatscreens sollten in allen Unterrichtsräumen
vorhanden sein. Zudem müssen Computer mit aktueller Lernsoftware und
Office-Programmen frei nutzbar sein. Außerdem müssen unsere Schultoiletten für
alle nutzbar sein. Dazu gehört die barrierefreie Ausstattung,
kostenfreie Periodenprodukte und immer komplett geschlossene Kabinen, die ein
Störung der Privatsphäre verhindern. Schulen sollen sich dem Umfeld
öffnen. Nachmittagsangebote außerschulischer Träger können in Schulräumen
stattfinden.

23 Das Hauptproblem bei der Erfüllung des Ganztagsanspruchs ab 2026 sind mangelnde
24 Raum- und Platzkapazitäten sowie die fehlenden Liegenschaften. Mensen
25 und Aufenthaltsräume müssen auch in Freistunden einladende Orte für Schüler*innen
26 sein, um Lernen und soziale Interaktion zu ermöglichen. Nach
27 Möglichkeit sollen für das Ganztagsangebot gesonderte Räume zur Verfügung
28 gestellt werden, die den Anforderungen des Ganztags gerecht werden. Gerade
29 in (Groß-) Städten sind Flächen für neuen Schulbau knapp. Bestandsumbau, vor
30 allem in die Höhe, sollte gefördert werden. Zur Erhaltung der Grauen
31 Energie, der Gesamtheit der für den Bau benötigten Ressourcen, sollte der
Lebensdauerzyklus eingerechnet werden. Anmietung kann auch eine Option sein,
wobei es oft günstiger ist, wenn die Stadt Eigentümerin des Schulgebäudes und des
Grundstücks ist. Gleichzeitig sollen Anforderungskriterien auferlegt
werden, die sich an der Nachhaltigkeit ausrichten. In Zeiten der Klimakrise
bedeutet dies beispielsweise Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen,
Passivhausstandard, Begrünung und PV-Anlage auf dem Dach. Auch umfassende
Barrierearmut ist kein Nice-to-have, sondern Standard in der Schule der
Zukunft.

32 **Mittagessen**

33 Zu einem gesunden und erfolgversprechenden Schul- und Kitaalltag gehört ein
34 gesundes Mittagessen. Kein Kind soll den Tag über hungernd nach Hause oder
35 in den Jugendklub gehen müssen. Kostenlose Essensangebote gehören deshalb dazu.
36 Diese müssen von der Stadt subventioniert und soweit möglich im
kommunalen Eigenbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Es muss immer ein
vegetarisches, veganes und frisch gekochtes Angebot geben und generell soll
das Essen ökologisch, regional und saisonal angebaut sein.

37 **Integration außerschulischer Lernorte, die in der Kommune bereitstehen**

38 Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten und -möglichkeiten (z. B.

39 Bibliotheken, Naturlernpfaden, historische Stätten) soll verstärkt werden.
40 Schüler*innen muss vor allem auch über die Schule die Möglichkeit gegeben werden,
41 einen ersten Zugang zum gesellschaftlich-kulturellen Leben zu
42 erhalten. Ebenso müssen Schulen aktiv in das kommunale Geschehen integriert
werden. Dazu gehört auch, dass Schulgebäude stärker für öffentliche
Veranstaltungen genutzt werden. Dabei sollte die Schule zwar politisch neutral
bleiben, muss sich aber zu ihren demokratischen Grundprinzipien
bekennen.

43 **Frühkindliche Erziehung und Kindertagesstätten/Kindertagespflege**

44 Kinder haben ein Recht auf gute Betreuung – unabhängig davon, wo sie wohnen. Doch
45 aktuell hängt der Zugang zu Krippe und Kita stark vom Wohnort ab:
46 Während in Ostdeutschland über die Hälfte der Kinder unter drei Jahren betreut
47 wird, liegt die Quote in Teilen Westdeutschlands deutlich darunter. Das
48 ist ungerecht und geht zulasten von Familien, insbesondere von FINTA*s, die
dadurch häufiger unbezahlte Sorgearbeit leisten müssen. Wir fordern:
flächendeckende, kostenlose Betreuung und bessere Arbeitsbedingungen für
Erzieher*innen. Gute Bildung braucht gutes Personal – fair bezahlt und
entlastet.

49 Multiprofessionelle Teams entlasten ebenso Erzieher*innen und ermöglichen eine
50 spezifische Unterstützung kindlicher Entwicklung. Zudem ist mehr
51 Verwaltungspersonal in Kindergärten notwendig, damit sich Erzieher*innen wieder
52 mehr auf ihre Hauptaufgabe fokussieren können. Der Ausbau von Kitas zu
53 Familienzentren bietet die einmalige Möglichkeit, vielfältige Bildungs- und
54 Beratungsangebote für die gesamte Familie an einem zentralen Ort
55 bereitzustellen. Jede Kita weist andere Bedingungen auf, deswegen sollen soziale
56 Faktoren der Kinder, Eltern und der Umgebung erfasst werden und
57 Berücksichtigung finden. Dazu kann auch gehören, dass Kitas eigenständige Profile
58 herausbilden. Tagesmütter und -väter sollen eine angemessene
sozialversicherungspflichtige Absicherung erhalten. Die Neugründung von
Kindertagespflegen muss unterstützt und Beratung bereitgestellt werden.
Erzieher*innen wissen viel zu oft nicht, an wen sie sich wenden können. Es
benötigt sichtbare Beratungs-, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für
Erzieher*innen. Beim Übergang in die Grundschule darf diese nicht wieder von
vorne anfangen. Vielmehr muss die Zusammenarbeit beim Übergang im Sinne
des staatlichen Bildungsplanes 0-10 verstärkt werden. Die frühzeitige Verankerung
eines Bewusstseins für die Auswirkungen unserer Lebensweise ist
essenziell, deswegen sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bereits in
der Kita stattfinden. B

59 Wir setzen uns auf Landesebene für eine einkommensabhängige Staffelung der Kita
60 Gebühren ein, die Familien mit geringen Einkommen befreit, mittlere
Einkommen entlastet und hohe Einkommen stärker in die Verantwortung zieht.

61 **Ausbildung**

62 Kommunale Bildungspolitik darf nicht einseitig auf den schulischen Bildungsweg
63 ausgerichtet sein. Jugendliche, die sich nicht für das Abitur
64 entscheiden oder das Studium abbrechen, müssen ebenso im Fokus sein. Fachkräfte
65 werden dringend benötigt. Dazu gehören kommunale Arbeitsmarkt- und
Ausbildungsprogramme sowie der Aufbau entsprechender Vermittlungsnetzwerke, die
Stärkung von Berufsschulen und der dualen Ausbildung, die Schaffung
von Azubi-Wohnheimen und fachspezifischer Campus für die berufliche Bildung.

66 **Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

67 Ein Stadtelternbeirat, eine kommunale Schüler*innenvertretung und eine Kinder-
68 und Jugendvertretung müssen eingerichtet (sofern noch nicht vorhanden)
und unterstützt werden. Die Kinder- und Jugendvertretung soll zu kommunalen
Sitzungen eingeladen und bei Anliegen angehört werden.

69 Auch demokratische Strukturen in der Schule oder Kita müssen gestärkt werden.
70 Jede Schule braucht eine funktionierende und gut ausgestattete
71 Schüler*innenvertretung, die an Prozessen verpflichtend beteiligt werden muss.
72 Schüler*innen brauchen ein Mitbestimmungsrecht, wenn es um ihren Alltag
in der Schule geht. Von der Pausenhofgestaltung zum Essensangebot müssen
Schüler*innen ein Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung bekommen.
Demokratische Strukturen können bereits in der Kita erlernt werden.

73 **Inklusion**

74 Wir gestalten ein inklusives Bildungssystem, in dem alle Kinder gemeinsam gut
75 lernen können. Dazu braucht es vor Ort kommunale Inklusionskonzepte. Um
76 Familien bestmöglich zu unterstützen, sind kommunale bzw. regionale und
77 unabhängige Beratungsangebote essenziell. In den „inkluisiven Schulbündnissen“
78 (iSB) sollen die Kommunen als Schulträger*innen die inklusive Schulentwicklung
79 vorantreiben. Gleichzeitig unterstützen wir Schulen dabei, sich zu
80 inklusiven Lernorten weiterzuentwickeln. Barrierearmut wird auch bei Sanierungen
81 und Neubauten berücksichtigt, sodass bauliche Barrieren abgebaut und
82 inklusive Strukturen von Anfang an eingeplant werden. Bereits in der
83 frühkindlichen Bildung spielt Inklusion eine entscheidende Rolle. Daher ist eine
84 verstärkte Kita-Sozialarbeit notwendig, um Familien frühzeitig zu begleiten und
85 zu entlasten. Ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche
Inklusion sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrkräfte der allgemeinen
Schulen, Förderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen und
Teilhabeassistent*innen verlässlich und dauerhaft gemeinsam an der allgemeinen
Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können.
Dabei ist es wichtig, Förderschullehrkräfte möglichst mit ihrem gesamten
Stundenkontingent in das Kollegium einer allgemeinen Schule zu integrieren,

sofern sie dies wünschen. Zudem bedarf es einer besseren Organisation der Teilhabeassistent*innen, damit ihre Arbeit optimal und verlässlich auf die Bedürfnisse der Schüler*innen abgestimmt werden kann. Wir fordern schnellstmöglich die vollständige Abschaffung des Förderschulsystems und ermöglichen den Weg dorthin.

86 **Herkunftssprachlicher Unterricht**

87 Für viele Schüler*innen ist der herkunftsprachliche Unterricht ein Weg die Sprache
88 ihrer Familie zu lernen. Das macht es leichter, andere Sprachen zu
89 lernen und zu verstehen. Die Schulverwaltungen müssen dafür sorgen, dass genügend
90 Lehrer*innen für den HSU gewonnen werden. Viele Eltern wissen oft
nicht, dass es herkunftssprachlichen Unterricht gibt. Daher muss intensiver dafür
geworben werden, damit auch alle Eltern die Möglichkeit haben, ihre
Kinder anzumelden und auch in Zukunft mehr Sprachen angeboten werden können.

91 **Jugendhilfe**

92 Die Jugendhilfe benötigt einen besseren Personalschlüssel und soll durch
93 Bürokratieabbau entlastet werden. Anstatt einzelne Genehmigungen einholen zu
müssen, wird ein Verfügungsrahmen pro Monat und Kind eingerichtet.

94 **Kein Platz für Rechtsextremismus an Schulen**

95 Rechtsextremismuskvorfälle sind keine Einzelfälle mehr in Schulen. Der Hitlergruß
96 im Klassenzimmer, Hakenkreuze auf dem Schulhof oder rassistische
97 Übergriffe auf der Klassenfahrt. Schulen müssen wieder zu sicheren Orte der
98 Vielfalt, Toleranz und Mitbestimmung werden. Kommunen dürfen sich hier
99 nicht aus der Verantwortung ziehen. Wir fordern, dass politische Bildung gestärkt
100 wird, damit Schüler*innen früh lernen, demokratische Werte zu
verteidigen. Lehrkräfte brauchen klare Unterstützung im Umgang mit rechten
Vorfällen. Antirassistische und Demokratiefördernde Projekte müssen aktiv
gefördert statt behindert werden. Betroffene rechter Gewalt verdienen Schutz und
Solidarität. Rechte Netzwerke, die gezielt junge Menschen ansprechen,
dürfen keinen Raum bekommen – weder in der Schule noch online.